

Integrierte Handlungskonzepte: Anforderungen der Länder

Ergänzungen zur Zusammenstellung in Soziale Stadt info 6

gehen lassen sich bei der Bewohnerschaft eine hohe Zufriedenheit und eine Bindung an den Stadtteil erreichen. Um ein Quartier aufzuwerten, müsse jedoch auch an die Mieterinnen und Mieter appelliert werden, Verantwortung zu übernehmen. „Engagement und Verantwortung“ will auch die GAG, die Wohnungsbaugesellschaft im Westend, weiterhin zu ihrem Motto machen. Walter Braun, Technischer Vorstand der GAG, zeigte sich kooperationswillig; so erklärte er sich bereit, gemeinsam mit Akteuren der Sozialen Stadt und anderen Interessierten ein Konzept zur beteiligungs- und themenspezifischen Belegung der zur Sanierung anstehenden Gebäude auszuarbeiten. Jetzt muss allerdings noch darüber nachgedacht werden, wie private Wohnungseigentümer angesprochen und mit einbezogen werden können.

Das Ziel der Veranstaltung, mindestens ein greifbares Vorhaben zur Stabilisierung und Verbesserung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens im Westend mit auf den Weg in ein neues (Förder-)Jahr zu nehmen, wurde mit diesem Kooperationsangebot erreicht. Auch Rolf Grabbert, Leiter der Stabsstelle Dezernatsübergreifende Planungsaufgaben, hörte die Stimmen aus dem Publikum und schrieb sich in sein Aufgabenheft, der Fluktuation in der Bewohnerschaft entgegenzuwirken und die Beteiligung von Akteuren bei bestimmten Bauvorhaben zu sichern.

- Delia Schröder
isoplan-Institut GmbH („Programmbe-
gleitung vor Ort“ Ludwigshafen-Westend)
Martin-Luther-Straße 20
66111 Saarbrücken
Telefon: 0681/93646-0
Telefax: 0681/93646-11

Brandenburg

Das Integrierte Handlungskonzept umfasst städtebauliche, bauliche und soziale Aspekte als Grundlagen der weiteren Quartiersentwicklung. „Gemeindliche Grundsätze zur Förderung kleinteiliger Maßnahmen sind als Bestandteil des Konzeptes zu erarbeiten“; das Erreichen der Entwicklungsziele innerhalb der Laufzeit der Gesamtmaßnahme ist plausibel darzustellen. Das Integrierte Handlungskonzept soll, wie im geltenden Ergänzungserlass weiter beschrieben wird, „unter weitreichender Mitwirkung der Betroffenen und Akteure im Quartier und des Quartiermanagements erarbeitet werden und offen für eine Weiterentwicklung sein“ (Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg: Ergänzungserlass zur Förderrichtlinie '99 zur Stadterneuerung zum Programm Soziale Stadt, Potsdam, Juni 2001). Das Handlungskonzept ist Handlungsgrundlage für alle Beteiligten über den gesamten Erneuerungsprozess hinweg und bedarf eines gemeindlichen Selbstbindungsbeschlusses.

Bremen

Das Programm Soziale Stadt ist in Bremen direkt mit dem bereits 1998 entwickelten kommunalen Handlungs- und Förderprogramm Wohnen in Nachbarschaften (WiN) verknüpft, für dessen Erarbeitung, Durchführung und Mittelbereitstellung insgesamt sieben Ressorts verantwortlich sind (Freie Hansestadt Bremen, Senator für Bau und Umwelt, Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, „Handlungsprogramm ‚Wohnen in Nachbarschaften (WiN)‘ – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“, Senatsvorlage, Bremen, 1999) und das regelmäßig fortgeschrieben

wird. Auf der Grundlage einer gebietsübergreifenden Beschreibung von städtebaulichen, wirtschaftlichen, sozialen und wohnumfeldbezogenen Problemlagen (hier insbesondere unter Beachtung folgender Aspekte: Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit, Armut, Funktionsmängel, Zerstörungen, schulische Probleme der Kinder und Jugendlichen, Suchtprobleme, Kriminalität, Isolation und Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsteile, soziale Kälte, Passivität und geringe Bereitschaft zum Engagement) wurden zehn Gebiete in Bremen und ein Gebiet in Bremerhaven ausgewählt. Nach Formulierung der Leitgedanken und Zielsetzungen wurden sechs integrierte Handlungsfelder festgelegt, die die Schwerpunkte der Arbeit in den Gebieten bilden:

- Wohnungsbestand und Neubau,
- Städtebau,
- wirtschaftliche Effekte und regionale Ökonomie,
- Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung,
- gemeinwesenbezogene Prävention und Integration,
- soziale und kulturelle Netzwerke/Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation.

Dies stellt in der jetzigen Entwicklungsphase den strategischen Ansatz und in der Umsetzung für Bremen das Integrierte Handlungskonzept dar. Zu der Ausgestaltung Integrierter Handlungskonzepte schließt sich das Land den Aussagen der Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern an.